

Manche scheuen davor zurück, spezielle Angebote wie Förderprogramme, Seminare, Netzwerke und ähnliches für Frauen zu nutzen. Sie befürchten, dass ihnen dies als Schwäche ausgelegt wird. Sicher haben viele Frauen auch ohne diese „Hilfsmittel“ Karriere gemacht. Aber warum nicht gut vorbereitet den Wettbewerb antreten? Die Wahrnehmung zu schärfen für die Mechanismen, die wirken?

Ein Anfang kann auch einer der vielen Ratgeber sein, die momentan auf dem Markt sind. Sie vermitteln einen Einstieg

ins Thema und geben gute Tipps. Als ein Beispiel sei „Spiele mit der Macht – wie Frauen sich durchsetzen“ von Marion Knaths genannt: „Verstehen Sie sich als Spielerin in einem Spiel, dessen Regeln sich wie eine Fremdsprache erlernen lassen.“

6 Beispiele für Frauennetzwerke sind: www.ewmd.org, www.bpw-germany.de, www.europeanpwn.net (Zugriff jeweils 14.7.2010).

Wie ich wurde, was ich (auch) bin

Mechthild Rawert (SPD), MdB

Einzelne Lebensfäden der eigenen 52-jährigen Biografie zu betrachten, bedeutet den Blick zurück nach vorne richten. Spannend, wo gesellschaftlicher Wandel, wo Stagnation.

Feministinnen meines Alters sind geprägt durch das Prinzip der Zweiten Frauenbewegung „Das Private ist politisch“, durch parteiisches Agieren gegen patriarchale Gesellschaftsstrukturen. Schlüsselthemen waren „Arbeit“, „Sexualität“ und „Beziehungen“, war das Streben nach Autonomie. Noch heute existieren Geschlechterhierarchien zum Nachteil von Frauen, ist „Arbeit und Geschlecht“ eine politische Herausforderung auch in Bezug auf unbezahlte Hausarbeit, unbezahlte und bezahlte Versorgungsarbeit („care“), zivilgesellschaftliches Engagement. „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ – so die Herausforderung im sozialdemokratischen „Hamburger Programm“. Parteiisch und parteilich zu sein bedeutet Politik gegen jede Form von struktureller und individueller Diskriminierung, bedeutet Einsatz für soziale Demokratie und Teilhaberechte, für Chancengleichheit und sozialen Aufstieg, für gelebte Vielfalt in einer Einwanderungsgesellschaft.

Bildungsstart und Bildungsübergänge als Chance oder Barriere

Aufgewachsen als Älteste von sieben Kindern in einem katholischen, parteipolitisch konservativen bäuerlichen Elternhaus gehörte ich soziologisch zur Gruppe der im Bildungssystem der 60er Jahre besonders benachteiligten „katholischen Mädchen vom Lande“. Dass dieses für mich nicht zur Lebensrealität wurde, verdanke ich vor allem meiner Mutter, die – obwohl selbst kriegsbedingt am Studium gehindert – allen Kindern eine erfolgreiche Bildungsmanagerin war. So erhielten auch die vier Mädchen den „Auftrag“, die bestmögliche Berufsausbildung zu absolvieren, selbständig zu sein. Ich besuchte das Mädchengymnasium in Coesfeld/NRW, machte 1976 Abitur. Aussteuer und Hochzeitstruhe spielten keine Rolle. Eine eigene Familie gründen, Familie als generationenübergreifende Gemeinschaft achten allerdings schon. Sozialisatorische Beigaben waren auch ein hohes Ar-

beitsethos sowie die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement.

Ich bin davon überzeugt, dass die Befähigung der Eltern, den Bildungsweg ihrer Kinder mitzugestalten, sie auf eine offene Gesellschaft vorzubereiten, Voraussetzung einer gelingenden Bildungsförderung und Integration ist.

Frauen auf dem Sprung

Der Übergang Schule-Ausbildung bzw. Schule-Studium ist nach wie vor geschlechtsspezifisch geprägt. Seit Längerem findet eine stille Revolution statt: Junge Frauen sind davon überzeugt: „Ich bin gut in dem, was ich mache“, haben hohe Ansprüche an ihre beruflichen Perspektiven, wollen auf eigenen Beinen stehen und Karriere machen (vgl. Brigitte-Studie). Dieses auf ihrem Bildungsvorsprung beruhende neue Selbstbewusstsein der jungen Frauen gilt es politisch und gesellschaftlich zu unterstützen. Schließlich muss sich die „Bildungsrendite“ (Jutta Allmendinger) junger Frauen verbessern, denn noch entscheiden sich trotz besserer Schulabschlüsse junge Frauen überproportional häufig gegen ein Studium, zumindest gegen ein sogenanntes MINT-Studium. Geschlechtsspezifisch wirkende Barrieren sind aktuell auch die Studiengebühren, die schwarz-gelbe Elite-Förderung statt allgemeiner BAföG-Erhö- hungen.

Ich studierte Sozialpädagogik an der Katholischen Fachhochschule Münster und war während dieser Zeit in der studentischen Selbstverwaltung sowie auf Bundesebene in der Jugendverbandsarbeit aktiv. Mein persönlicher Sprung war Berlin.

Berlin, mon amour

Seit fast 30 Jahren lebe ich in Berlin, habe mich mehrmals in dieser Zeit für West-Berlin bzw. Berlin als Lebensort entschieden. Berlin fordert mich ständig heraus, ist als Metropole und Kiez häufig gesamtgesellschaftlicher Experimentierraum, steht für Emanzipation und politischen Aufbruch – so zum Beispiel am 17. März 1989 mit dem ersten rot-grünen Berliner „Frausenat“. Acht Senatorinnen bewiesen unter den Argusaugen der Medien, dass „Frauen und Macht“ nicht zum Zusammenbruch der Gesellschaft führt. Männer müssen lernen, die

Macht mit Frauen zu teilen, in der Politik, in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen.

Niemand ist vom Fall der Mauer am 9. November 1989, von der friedlichen Wende, unberührt geblieben. Das Leben im zusammenwachsenden Berlin änderte sich, Berlin wurde Hauptstadt. Berlin ist eine Stadt des Wandels, ist mit der seit 2001 agierenden rot-roten Landesregierung positives Beispiel für Zusammenwachsen. Berlin ist Einwanderungsstadt, ist gelebte Vielfalt.

Berufliche Stationen

Meine beruflichen Tätigkeitsfelder eint ein roter Faden: Zu- meist habe ich in Arbeitsbereichen gearbeitet, die Ausdruck gesellschaftlicher Transformationsprozesse waren. Ich will dazu beitragen, hierarchische Strukturen abzubauen, Lebensperspektiven von Frauen zu erweitern, Teilhaberechte, Vielfalt und Interkulturalität zu stärken.

Prägende erste Berufsstation war das „Haus am Rupenhorn“, eine sozialpädagogische Fortbildungsstätte für Fachkräfte der Jugendhilfe, Erzieherinnen und Erzieher. Nur mit kompetentem Personal ist eine Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung für alle Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft möglich.

Ich studierte Diplom-Pädagogik an der Freien Universität Berlin und übernahm 1986 beim Sozialdienst katholischer Frauen die Projektleitung des vom Berliner Senat initiierten Modellprogramms „Neuer Start durch soziales Engagement“, welches sich an Frauen mit langer Familienphase richtete. Trotz großen Erfolges ist zu konstatieren: Keine der Frauen konnte in erlernte Berufe zurück, sie galten ab 45 Jahren als schwer vermittelbare Arbeitnehmerinnen. Rahmenbedingungen schaffen, um gerade für Mütter eine kontinuierliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, ist seitdem ein „Muss“ meiner politischen Arbeit. Bis 1991 blieb ich beim SkF Berlin e.V., zuletzt in der Funktion der Geschäftsführerin. Folgen der Wende waren auch eine dramatisch ansteigende Erwerbslosigkeit mit bleibender hoher Sockelarbeitslosigkeit, der Zusammenbruch industrieller Kerne, ein Bauboom, die Zunahme von wissensbasierten Dienstleistungsberufen, ein Wandel von Arbeitsstrukturen. Die Wiedervereinigung wurde zur dominierenden gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. In den politischen Hintergrund Westdeutschlands gerieten Frauenemanzipation, Förderung einer stärkeren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleiches gilt für die Tatsache, dass Deutschland Einwanderungsland ist.

Ich verschieb mich in Berlin (Ost) zehn Jahre lang der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Vermittlung arbeitsmarktlcher Maßnahmen, Aufbau von Frauenprojekten, Durchführung eines europäischen und anschließend eines Berliner Modellprogramms mit dem Ziel der Schaffung und Aufwertung von personenorientierten Dienstleistungsberufen.

2004 wurde ich zur ersten Zentralen Frauenbeauftragten der Charité, Universitätsmedizin Berlin, gewählt, vertrat die Interessen der ca. 10.000 Mitarbeiterinnen, überwiegend aus dem Pflegebereich, entschied bei Berufungsverfahren mit, war im Aufsichtsrat.

Politische Wegmarken

Bereits 1981 bin ich Mitglied der Gewerkschaft geworden, 1987 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) eingetreten. Ich wollte Akteurin in der Demokratie sein, Agentin des Wandels, nicht Zuschauerin. Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität überzeugen mich noch heute. Allerdings steht die SPD vor zahlreichen Modernisierungsherausforderungen, will sie für (junge) Frauen attraktiv sein, mehr Teilhabe, wieder mehr Partei der Mitglieder sein.

Sehr schnell engagierte ich mich in der SPD für Frauen-, Gleichstellungs- und Genderpolitik, war ASF-Kreisvorsitzende, Stellvertretende ASF-Landesvorsitzende und von 2000 bis 2007 die Berliner Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und als solche Mitglied des SPD-Landesvorstandes und des ASF-Bundesausschusses. Als ASF mischen wir „mit der Frauenrechte-Brille“ in allen Politikfeldern mit, wollen Mehrheiten bündeln. Ich war immer links.

Als Vorstandsfrau des LandesFrauenRat Berlin e.V. sowie Mitglied zahlreicher Frauen- und Menschenrechtsorganisationen kämpfe ich weiterhin parteiisch und parteiübergreifend für Teilhabe- und Geschlechtergerechtigkeit.

Im Bundestag angekommen

Seit 2005 bin ich Mitglied des Bundestags für den Berliner Wahlkreis 82 Tempelhof-Schöneberg. Als Gesundheits- und Verbraucherschützerin habe ich in der Großen Koalition unter anderem die Gesundheitsreform, das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, das Verbraucherinformationsgesetz, aber auch eine Verbesserung des Tierschutzes mit auf den Weg gebracht. Eine aktive Wahlkreisarbeit, ein enger Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern sind das A und O meiner Politik.

Aufgrund des schlechten Wahlergebnisses für die SPD am 27. September 2009 bin ich nun Politikerin der Opposition. Als Gesundheitspolitikerin kämpfe ich gegen die unsoziale „Kopfpauschale“ und für die Aufwertung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe (Frauenberufe). Als Stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion kämpfe ich für mehr Teilhaberechte und gegen Diskriminierung in unserer Einwanderungsgesellschaft und als Stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellung für ein Entgeltgleichheitsgesetz, damit Frauen endlich das erhalten, was ihnen für ihre Arbeit finanziell zusteht. Equal Pay Day muss jeder Tag im Jahr sein.